

(A) **Michael Kellner**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gemeinsam mit Claudia Roth bündeln wir die Verantwortung für die Kultur- und Kreativwirtschaft, die vorher oft von Haus zu Haus weitergeleitet wurde. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Als Ansprechpartner will ich daher vor allem eines sein: ansprechbar. Dabei geht es darum, nicht über die Branche zu sprechen, sondern mit den Menschen, die die Kultur- und Kreativwirtschaft mit Leben füllen: den Soloselbstständigen, die den Laden am Laufen halten, den Verlagsvertreterinnen und -vertretern, die sich für einen vielfältigen Buchmarkt einsetzen, den Konzertveranstalterinnen und natürlich den Künstlerinnen und Künstlern. Der Dialog – bei der Vielzahl an Subbranchen wohl eher der Plurilog – wird gemeinsam weitergeführt und branchenspezifisch vertieft. Schließlich macht es bei all den Gemeinsamkeiten dann doch einen Unterschied, ob ich mit Vertreterinnen aus dem Filmbereich oder der Architektur spreche.

Ich möchte gerne auf drei Herausforderungen tiefer eingehen, die die Schwerpunkte meiner Tätigkeit im BMWK sind:

Erstens. Die steigenden Energiekosten treffen auch unsere Kinos, Theater, Konzerthallen, egal ob kommerziell oder Indie. Die Gas- und Strompreisbremsen sind deshalb eine wichtige Unterstützungsmaßnahme. Für besondere Härtefälle, bei denen die Preise eben nicht weitergegeben werden können, sind im WSF 1 Milliarde Euro explizit für Kultureinrichtungen, Kulturveranstalter und weitere Einrichtungen vorgesehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Dabei zielen wir als Bundesregierung auch auf die Unterstützung der Länder bei Härtefällen; wir setzen hier auf Zusammenarbeit. Auch wenn der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen nur noch für Veranstaltungen bis zum Jahresende greift, so haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch die Veranstaltungswirtschaft Teil dieses Härtefallfonds ist, um sie weiter zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Zweitens. Es wird auch im Kulturbereich immer schwieriger, Fach- und Arbeitskräfte zu gewinnen oder einfach nur zu halten. Gerade die Kultur- und Kreativwirtschaft lockt dabei viele Quereinsteigende, auch aus dem Ausland. Deshalb ist es für die Branche ein wichtiges Zeichen, dass wir in dem Eckpunktepapier zur Fachkräfteeinwanderung im Kabinett künftig Einwanderung erleichtern wollen. Folglich werden wir auch Qualifizierungen on the job anerkennen. Wer zwei Jahre Berufserfahrung in dem Beruf, der ausgeübt werden soll, nachweisen kann, dem wird die Einwanderung nach Deutschland erleichtert, auch wenn dieser Beruf nichts mehr mit dem ursprünglich abgeschlossenen Studium oder der Ausbildung zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD und der Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP])

Das ist besonders wichtig in der Kultur- und Kreativwirtschaft, wo es so viele Quereinsteiger gibt, die etwas ganz anderes gelernt haben als das, was sie jetzt machen.

Drittens. Die wirtschaftliche Lage von Selbstständigen werde ich in den Blick nehmen. Ich war froh über die Bürgergeldreform, weil dadurch gerade viele Selbstständige abgesichert werden. Deswegen war es so richtig, dass wir das Schonvermögen erhöht haben. Deswegen war es so richtig, dass wir die Karenzzeit eingeführt haben. Wir haben doch unter Corona erlebt, wie Selbstständige ganz unverschuldet in die Arbeitslosigkeit gestürzt sind. Deswegen habe ich manche Debatte um das Bürgergeld überhaupt nicht verstanden. Ich bin froh, dass wir das für die Selbstständigen, auch in der Kultur und Kreativbranche, so verbessert haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wir werden nächstes Jahr eine Studie zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Selbstständigen und Hybridbeschäftigten machen, weil die Datenlage gerade bei Hybridbeschäftigten schlecht ist, und wir werden dann weiter daran arbeiten, die wirtschaftliche und soziale Absicherung der Soloselbstständigen zu verbessern.

Ich freue mich auf die konkreten Erfahrungen in der Praxis und darauf, zusammen mit der Branche, mit dieser kreativen und innovativen Branche, an ihrer Gegenwart und Zukunft zu arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Gitta Connemann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Reinhard Houben [FDP]: Schön bunt!)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! First in, last out! Für die Veranstaltungswirtschaft wirkte Corona wie ein Tsunami – atemberaubend. Von einem Moment auf den anderen gab es faktisch nichts mehr; denn die Lockdowns führten für alle, die auf, hinter oder vor der Bühne standen – Künstler, Veranstalter, Hallenbetreiber, Beleuchter, Toningenieur, Sicherheitsleute, Barpersonal und, und, und – zu einem Berufsverbot über zwei Jahre hinweg.

Vor Corona handelte es sich um eine starke Branche mit 1,1 Millionen Erwerbstätigen, 240 000 mittelständischen Betrieben, 81 Milliarden Euro Kernumsatz. Aber während Corona brachen die Umsätze weg, wurden die Rücklagen verzehrt; Insolvenzen drohten. Deshalb richteten wir als Große Koalition gemeinsam den Son-

Gitta Connemann

- (A) derfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen ein. Ab Juli 2021 standen 2,5 Milliarden Euro als Ausfallsicherung zur Verfügung,

(Beifall bei der CDU/CSU)

um das Risiko coronabedingter Absagen abzupuffern und Kapazitätsbegrenzungen aufzufangen. Das Instrument wirkte. Insoweit auch an dieser Stelle noch einmal Dank an die frühere Staatsministerin Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Davon profitierten auch Verbraucherinnen und Verbraucher; denn im Fall der Insolvenz von Veranstaltern wird das Ticket wertlos. Unsere heutige Kulturstatsministerin weiß das als ehemalige Bandmanagerin. Liebe Claudia Roth, Sie sprechen gerne über Ihre Zeit mit der Band „Ton Steine Scherben“. Sie zeigen sich gern in der Branche. Küsschen hier, Küsschen da, Foto und weg!

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Nur kein Neid!)

Aber die Krise kann man nicht weglächeln.

Aus der Pandemie ist zwar inzwischen eine Endemie geworden, aber die Branche leidet immer noch unter Long Covid. Noch immer müssen Veranstaltungen coronabedingt ins kommende Jahr geschoben werden. Neu hinzu kommen Preisexplosionen, Arbeitskräftemangel, Schockinflation und Kaufzurückhaltung. Die Branche setzte im vergangenen Jahr 11 Milliarden Euro weniger um als im Vor-Corona-Jahr 2019.

- (B) (Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat das jetzt mit der Band „Ton Steine Scherben“ zu tun? – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was sind Ihre Maßnahmen dagegen?)

Eigentlich könnte es wieder losgehen, doch die Geldentwertung zwingt die Menschen zum Sparen, und die Unsicherheit lähmt die Nachfrage nach Kulturveranstaltungen. Die Maßnahme dagegen ist eine Fortführung des Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen.

(Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fragen Sie mal Ihre Haushälter! – Michael Sacher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie denn keinen einzigen Antrag in diese Richtung gestellt? Es gibt kein Konzept, nichts von Ihnen!)

Vielen, vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Ampel! Seit März wissen wir, dass selbst bekanntere Bands ihre Tourneen absagen, da nicht genug Tickets verkauft worden waren – Bands und Künstler, die vor der Pandemie ausverkaufte Häuser hatten.

Zwar gab es im Sommer ausverkaufte Festivals, und es entstand der Eindruck, dass die Branche wieder auf dem Weg zum Vorkrisenniveau wäre; aber der schöne Schein trägt. Dennoch gab es rote Zahlen. Die meisten Karten waren nämlich bereits 2019, vor der Pandemie, verkauft worden, zu den niedrigeren Kosten von 2019.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben ja gestern schon mit Fakten und Argumenten geblüht! Das ist ja unterirdisch!)

– Können Sie mal zuhören?

(C)

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich höre die ganze Zeit zu!)

Es gibt einen wunderbaren Satz von Chanel: „Es ist besonders schwer, zu schweigen, wenn man nichts zu sagen hat.“ In diesem Fall ist das bei Ihnen der Fall. Oder: Hohle Töpfe tönen am lautesten. Seien Sie doch einfach mal still!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Personal musste zum Teil eingeflogen werden; denn während der Pandemie wanderten Fach- und Arbeitskräfte in andere Branchen ab. Über 54 Prozent der Erwerbstätigen sind gegangen. Die Veranstalter haben deshalb selbst bei ausverkauften Veranstaltungen draufgezahlt. Deshalb braucht die Kultur auch jetzt unsere Hilfe.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die Zustimmung zum Haushalt haben Sie verweigert!)

Die Nachwehen von Corona haben es ihr unmöglich gemacht, die aktuelle Wirtschaftskrise allein zu überstehen.

Was wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Es gibt den Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen; die Mittel sind nach wie vor da. Es wäre ein Leichtes, ihn weiterlaufen zu lassen; denn von Normalität sind wir weit entfernt. Aber Sie tun es nicht.

Was ich bemerkenswert finde: Es gab unterschiedliche Veranstaltungen mit den Kulturveranstalterinnen und -veranstaltern, erst Ende November. Die Veranstalterinnen und Veranstalter bitten die Ampel innigst, das zu tun, was fair wäre, nämlich die Mittel, die für Kulturveranstaltungen bereitgestellt worden sind, auch für diese Kulturveranstaltungen zu verwenden – nicht mehr und nicht weniger.

(D)

(Kerstin Radomski [CDU/CSU]: Genau!)

Es geht nicht um neues Geld. Es geht darum, das Geld, das für die Kulturveranstalter zur Verfügung gestellt wurde, bei den Kulturveranstalterinnen und -veranstaltern zu lassen, in tiefster Not. Das ist erforderlich, und darauf haben Sie keine Antwort.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 4 Milliarden Euro insgesamt bereitgestellt!)

Deshalb haben wir einen Antrag gemacht, der nur diese eine Forderung beinhaltet: Lassen Sie diesen Fonds weiterlaufen!

(Kerstin Radomski [CDU/CSU]: Guter Antrag!)

Wenn Sie mit Nein stimmen, ist das ein Schlag ins Gesicht aller Veranstalterinnen und Veranstalter, und dann brauchen Sie auch nicht mehr zu bestimmten Foren zu gehen und so tun, als ob Sie ein Herz für diese hätten.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben gestern schon dummes Zeug erzählt, wie heute!)

Gitta Connemann

- (A) Dann gilt der Satz, den es jetzt auch in der Einjahresbilanz der Staatsministerin gab: Reine Symbolpolitik, nicht mehr und nicht weniger.

Deshalb: Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu, damit es am Ende für die Betroffenen zum Ende eines harten Jahres im Sinne des Weihnachtsoratoriums heißt: „Jauchzet, frohlocket ... preiset die Tage ...“.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, kommen Sie zum Schluss, bitte.

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Frohe Weihnachten!

(Beifall bei der CDU/CSU – Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen einmal in den Kulturausschuss kommen! Da sieht man Sie nie! – Ulla Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was für ein Niveau! Das ist ja echt nicht mehr zu ertragen!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Connemann. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Joe Weingarten, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

- (B) **Dr. Joe Weingarten (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eines der innovativsten Felder unserer Volkswirtschaft. 1,2 Millionen Menschen erwirtschaften dort in rund 260 000 Unternehmen einen Umsatz von mehr als 160 Milliarden Euro. Schon deswegen ist es das ausdrückliche Ziel der Koalition, diese Branche zu fördern und zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Kulturwirtschaft macht harte Zeiten durch. Corona hat schwere Spuren hinterlassen: ausgefallene Konzerte und Lesungen, geschlossene Museen und Ausstellungen, gefährdete wirtschaftliche Existenzen. Deshalb unterstützen wir die Kultur- und Kreativwirtschaft auf vielfältige Weise, beispielsweise durch das Programm „Neustart Kultur“, das wir bis Mitte nächsten Jahres verlängern und das mit seinen 2 Milliarden Euro vielen Kulturakteuren enorm hilft.

Dieses entschlossene Handeln unterscheidet sich wohltuend von der hilflosen Untätigkeit der Union, die wir bei der Unterstützung der Kreativwirtschaft in der letzten Wahlperiode während der Coronakrise erlebt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(C) Alle, die dabei waren, erinnern sich noch, wie konzeptions- und ziellos der damalige CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier mit der Situation dieser Branche kämpfte, wie er von Monat zu Monat, von Hilfsprogramm zu Hilfsprogramm durch die Krise stolperte und zugeben musste, dass die Wirtschaftspolitik keine Lösung für Theater und Festivals, für Künstlerinnen und Künstler, für Games und Unterhaltung hatte. Es war ein Desaster.

(Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau so!)

Auch der von der Union jetzt so gelobte Sonderfonds für Kulturveranstaltungen hat sich in der Umsetzung als weitgehend wirkungslos erwiesen. Deswegen ist es umso befremdlicher, wie vollmundig die Union heute schon wieder an der Realität vorbeistolpert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, geradezu skurril, dass wir heute einen Antrag beraten, dessen Kernforderung bereits erfüllt ist,

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Es gibt zwei Anträge!)

schon erfüllt war, als er vorgelegt wurde. Mit Staatssekretär Kellner und Andreas Görgen, dem Amtschef bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, haben Kultur- und Kreativwirtschaft bereits kompetente und engagierte Ansprechpartner in der Bundesregierung erhalten. Zugleich wurde die wirtschaftliche Unterstützung erheblich verstärkt. Mit dem Haushalt 2023 stehen im kommenden Jahr rund 2,4 Milliarden Euro für die Kultur- und Medienpolitik zur Verfügung – nochmals ein deutlicher Zuwachs gegenüber diesem Jahr.

(D) Mit der Einführung des „KulturPasses“ schaffen wir für das kommende Jahr für Jugendliche eine großartige Möglichkeit, mit Kultur vor Ort in Kontakt zu kommen, und wir stärken mit diesen 100 Millionen Euro zugleich die Kulturwirtschaft. Mit dem Programm „Zusammen gestalten – Strukturen stärken“ bringen wir die Kultur in ländlichen Räumen und strukturschwachen Gebieten voran; denn gerade die Kulturbetriebe abseits der großen Städte haben mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP])

Unser Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Kulturbranche zu steigern und zugleich die soziale Absicherung kleiner Kulturbetriebe sowie freischaffender Künstlerinnen und Künstler zu verbessern. Wir stabilisieren dazu die Künstlersozialversicherung und verbessern die freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige. Die Richtigkeit dieses Weges wurde gestern in der Anhörung der Kulturbranche im Kulturausschuss ausdrücklich bestätigt. Das hätte sich Ihnen, Frau Connemann, auch erschlossen, wenn Sie daran teilgenommen hätten.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)